

Sehr geehrte/r

wir wenden uns an Sie als unsere Vertretung des Wahlkreises im Bundestag.

Die Bundesregierung hat unter dem Titel „**Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung**“ eine Liste von Reformansätzen veröffentlicht.

Insbesondere die Punkte 25 (**Abschaffung Berichts- und Dokumentationspflichten**) und 30 (**Risikoorientierte Aufsicht**) treffen auf unsere Grundproblematik und die Zielsetzung der Koalition, benötigtes Wachstum zur Sicherung von Standorten und Beschäftigung zu schaffen, zu:

Unser Unternehmen ist in Ihrem Wahlkreis ansässig und beschäftigt sich mit der Herstellung oder dem Vertrieb von Werbeartikeln. Diese Werbeform ist ein wichtiges Instrument in der Unternehmenskommunikation, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Sie nutzen die besonderen Stärken dieser Werbeform, nämlich geringe Streuverluste bzw. hohe Response-Daten bei den Kunden und (daraus folgend) einen im Vergleich herausragend niedrigen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck.

Die **stark mittelständisch** geprägte Branche erzielte im Jahr 2025 mit ca. 60.000 Beschäftigten einen Umsatz von rd. 3 Mrd. €. Wir produzieren und vermarkten qualitativ hochwertige Werbeartikel und stehen im Wettbewerb mit außereuropäischen Quellen und deren erheblichen Kostenvorteilen.

Nur mit Ihrer Unterstützung werden wir Beschäftigung, Wertschöpfung und damit auch benötigte Steueraufkommen in Deutschland erhalten!

Seit 2006 wird unsere Werbeform durch eine **nicht mehr zeitgemäße, bürokratische Behandlung** benachteiligt. In der Praxis müssen Werbeartikel, deren Wert 10 € überschreitet, beim werbenden Unternehmen (Zuwender) einzeln nach Empfänger in einer gesonderten Liste aufgeschrieben werden. Ein riesiger bürokratischer Aufwand. Dieser und die seit 2006 trotz allgemeiner Preissteigerung von ca. 50 % nie angepasste Grenze von 10 € halten Anwender davon ab, hochwertige Werbeartikel einzusetzen. Das benachteiligt insbesondere Artikel aus der heimischen Fertigung zugunsten preiswerter oder gar billiger Importe aus Fernost, die noch unter dieser Schwelle vermarktet werden können. Insolvenzen auch größerer Hersteller und weiterer Marktteilnehmer in unserer Branche zeigen den Ernst der Lage.

Zudem: Bei einer **Höchstgrenze von 50 €** pro Anwendung ist eine „**Risikoorientierte Aufsicht**“ auch unter Compliance-Gesichtspunkten überflüssig.

Mit dem angestrebten Bürokratieabbau wird nicht nur Standorten und Beschäftigten geholfen, die Berechnungen unseres Verbandes belegen, dass auch der Staat mit Mehreinnahmen rechnen kann. GWW, BGA und ZAW prognostizieren, dass die Maßnahmen zu erhöhten Umsätzen, mehr Beschäftigung und **höheren Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen** führen. Dazu trägt nicht zuletzt die vom GWW vorgeschlagene Übernahme der Pauschalversteuerung in Höhe von 30% durch die zuwendenden Unternehmen bei. Genaueres in der beigefügten Steuerberechnung.

Uns geht es also nicht um eine Steuersenkung oder gar um Subventionen! Die Belastung durch oben beschriebene Steuerbürokratie muss aber ein Ende finden.

Das Konzept und eine Steuerfolgenabschätzung der Verbände finden Sie in der Anlage.

**Wir appellieren an Sie:** Bitte setzen Sie sich insbesondere im Finanz- oder Wirtschaftsausschuss für Folgendes ein – entweder Sie selbst oder über Ihre Fachkollegen:

- Abschaffung der bürokratischen Aufschreibepflicht. Die regelmäßige Pauschalversteuerung in Höhe von 30% ab einem Wert von 20 € durch den Zuwender macht eine Listenführung zur Kontrolle der Versteuerung durch den Empfänger überflüssig.
- Die Anhebung der „Streuwerbeartikel“-Grenze von 10 € auf 20 €.
- Voller Betriebskostenabzug, anlassbezogen bis zur Grenze von 50 €.

Helfen Sie uns und der heimischen Branche, unsere Mitarbeiter weiter zu beschäftigen und gemeinsam den Standort Deutschland zu stützen und zu fördern.

Unsere seit vielen Jahren bestehenden Forderungen stehen im Einklang mit den unter Punkt 25 und 30 im „Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ angekündigten Maßnahmen, mit denen überbordende Berichtspflichten aufgehoben und endlich ein risikobasierter Ansatz für staatliche Kontrollen der Wirtschaft etabliert werden soll. Die Branche und ihre Kunden setzen mehr denn je auf die konkrete Umsetzung durch o.g. Maßnahmen.

Sehr geehrte/geehrter [...], sollten die Vorschläge in dieser Lage – zumal in Anbetracht der hiernach zu erwartenden staatlichen Mehreinnahmen – unberücksichtigt bleiben, wäre dies den Unternehmen in unserem Land nicht mehr zu vermitteln.

Wenn Sie Fragen haben sollten, stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Forderungen Verbände und Steuerberechnungen.